

Rechte von Sans-Papiers Genf hilft den Sans-Papiers, Bundesbern droht ihnen, *TA vom 21. 1.*

Menschenverachtende Politiker.

Vor knapp einem Monat reichten siebzehn bürgerliche Nationalrätinnen und -räte der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit einen Vorstoss ein, der es Sans-Papiers in Zukunft verbieten soll, eine Krankenkasse abzuschliessen. Eine «staatlich finanzierte Anlaufstelle» soll die Sicherstellung der Versorgung im Krankheitsfall übernehmen. Diese wird die Sans-Papiers danach ausweisen lassen, weshalb Sans-Papiers sie meiden werden. Damit wird ihr Menschenrecht auf Gesundheitsversorgung mit Füßen getreten. Ausserdem sollen die Schulbehörden die Kinder beim Migrationsamt oder der Polizei verpetzen. Da-

gegen protestiert nun sogar die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) - eine aussergewöhnliche Massnahme! In einem Brief vom 21. 2. begründet die EDK ihr Fazit «Diese Forderung ist abzulehnen» sehr gründlich. Der Vorstoss «Für eine kohärente Gesetzgebung zu Sans-Papiers» widerspiegelt die Inkompetenz dieser menschenverachtenden Volksvertreter. «Kohärent» heisst widerspruchsfrei, und das sind die Forderungen nun wirklich nicht. Kohärent sind dagegen die Massnahmen des - noch echt freisinnigen - Genfer Sicherheitsdirektors Maudet mit seiner Operation Papyrus.

David Winizki, Zürich (Hausarzt)